



17. Oktober 2011

Auf der Suche nach Wachstum

Die Schwächung des Wachstumspotenzials durch die große Krise lässt eine explizite Wachstumspolitik vor allem in Japan, der EU und den USA vordringlich werden. Bei richtiger Gestaltung trägt dies zur Haushaltskonsolidierung und zum weltwirtschaftlichen Gleichgewicht bei.

Das Potenzial für wachstumsförderliche Reformen ist auch in Zeiten der Konsolidierung und eingeschränkter Möglichkeiten der Geldpolitik vorhanden. Einige Reformen stützen die Konsolidierung, einige erfordern explizite Prioritätensetzung, und die meisten sind mittelfristig positiv. Um die gegenwärtige Misere zu überstehen, sind abgestimmte internationale, europäische und nationale Reformpakete vordringlich. In der Summe könnte der Impuls dann spürbar werden und der Konsolidierung zum Erfolg verhelfen.

International sind bislang die größten Chancen in der Handels- und Klimapolitik vertan worden. Es gilt, die Doha-Runde abzuschließen, signifikante Freihandelsabkommen voranzutreiben und die internationale Klimadiplomatie richtig aufzustellen. Auch die Öffnung für Direktinvestitionen bietet Potenzial.

Darüber hinaus böte sich die Chance, auch in der G20 die Wachstumsagenda in ein Arbeitsprogramm für Privatisierung, die bessere Regulierung von Produktmärkten und die Öffnung der Beschaffungsmärkte umzuwandeln.

In der Europäischen Union werden auf der Ebene der Gemeinschaftspolitik Weichen zu stellen sein. Dies gilt vorrangig für den Ausbau und die Durchsetzung des Binnenmarkts, eine wachstumsförderliche Gestaltung des EU-Haushalts und die Verbesserung des Umfelds für Unternehmen generell.

Der Löwenanteil der Wachstumsförderung dürfte im Zuge nationaler Strukturreformen zu bewältigen sein. Hier variieren die Erfordernisse:

In Europa stehen noch in vielen Ländern durchgreifende Reformen am Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen an, um das Arbeitskräftepotenzial besser zu nutzen. Höhere Bildungsinvestitionen und Reformen sind in sehr vielen Ländern erforderlich. Einige südeuropäische Länder sollten zudem Staatsbeteiligungen privatisieren.

In den USA sind neben einigen Strukturreformen mit fiskalischer Dividende vor allem Korrekturen im Gesundheitswesen und deutlich höhere öffentliche Investitionen erforderlich. Größere Korrekturen im Steuersystem und die Entwicklung einer konsistenten Klimapolitik gehören ebenfalls auf die Agenda, sind aber zumindest kurzfristig politisch blockiert.

Japan sollte sich um die Öffnung für Direktinvestitionen, die Integration des dualen Arbeitsmarkts, die Steigerung der Produktivität in Dienstleistungen und im Mittelstand, die Förderung der erneuerbaren Energien und die Reform des Steuersystems kümmern.

www.dbresearch.de

Autor
Klaus Deutsch
+49 30 3407-3682
klaus.deutsch@db.com

Editor
Bernhard Speyer

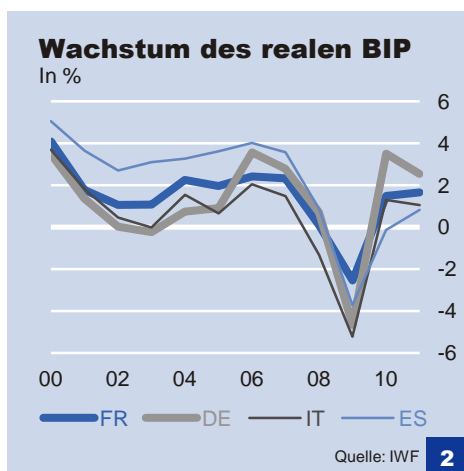
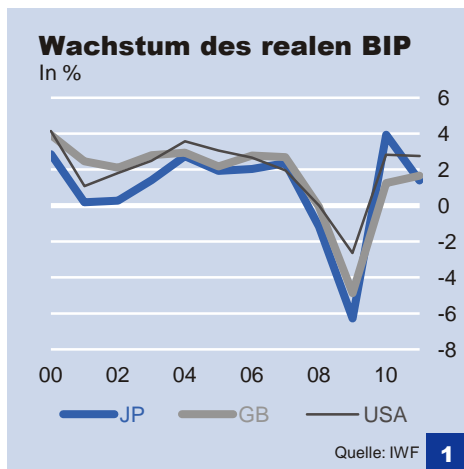
Publikationsassistentz
Judith Runge

Deutsche Bank Research
Frankfurt am Main
Deutschland
Internet: www.dbresearch.de
E-Mail: marketing.dbr@db.com
Fax: +49 69 910-31877

DB Research Management
Thomas Mayer



Konsolidieren und wachsen: Geht das überhaupt?



Der Autor bedankt sich bei Maximilian Bracke für die exzellente Forschungsassistenz.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat das Wachstumspotenzial in zahlreichen Krisenländern geschwächt. Noch ist nicht klar, wie rasch die Abschwächung des dauerhaften Wachstumstempos angesichts fortbestehender Verwerfung überwunden werden kann. Zugleich sind die Spielräume für eine stimulierende Finanz- und Geldpolitik in vielen Staaten bereits sehr eng geworden. Zweifel an der Wirksamkeit einer konjunkturrell motivierten Geld- und Fiskalpolitik oder mangelnde politische Unterstützung für solche Maßnahmen stellen in vielen Ländern bereits heute politische Grenzen des Handels dar. Eine Stärkung der Wachstumskräfte durch angebotsseitige strukturelle Reformen ist dafür in nahezu allen Industrieländern erforderlich.¹

In diesem Beitrag gehen wir der Frage nach, was eigentlich der Stand der Diskussion auf der Suche nach möglichen wachstumsförderlichen Reformen ist. Dabei wird besonderes Augenmerk auf diejenigen Felder gelegt, die keine erheblichen zusätzlichen finanziellen Ressourcen in Anspruch nehmen würden, sondern vor allem durch rechtliche Rahmenregelungen bzw. ökonomische Anreize Wirkungen entfalten könnten.

Die Schwächen im wirtschaftlichen Wachstum, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen, unterscheiden sich innerhalb der traditionellen Industrieländer erheblich.² In Japan und Kanada wird ein hoher Arbeitseinsatz pro Kopf von einer schwachen Produktivität begleitet. In Deutschland, Frankreich und Spanien liegen die Dinge umgekehrt. Das Vereinigte Königreich liegt im Schnitt, und die USA liegen jeweils über dem Schnitt. Dementsprechend sollten auch wirtschaftspolitische Maßnahmen unterschiedliche Schwerpunkte aufweisen. Etliche Strukturreformen zur Verbesserung der Wachstumschancen können auch dazu beitragen, die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte abzubauen und einen besser balancierten Pfad des Wachstums einzuschlagen.

Die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte in vielen Ländern erfordert eine nachhaltige Konsolidierungspolitik über viele Jahre hinweg³, die wiederum die finanziellen Spielräume für Wachstumsförderung begrenzt. In der Mehrzahl der Länder muss das Schwerkraft in der Konsolidierung auf die Dämpfung des allgemeinen Ausgabenanstiegs zum Teil durch die Senkung der dauerhaften Ausgaben v.a. für öffentliche Löhne und Transfers, die Verwaltungstätigkeit selbst und die Leistungszusagen in den sozialen Sicherungssystemen gesetzt werden. Ausgabenseitig bieten zudem Subventionskürzungen in vielen Ländern ohnehin noch viel Spielraum: In den USA betrifft dies den Wohnungsbau, die Landwirtschaft und Energieunternehmen, in Japan vor allem die Landwirtschaft, in Europa vorrangig die Landwirtschaft und die Energiebranche. Wachstumsförderliche Ausgaben vor allem für Bildung und öffentliche Infrastruktur sollten bei anstehenden Kürzungen dagegen verschont werden.⁴

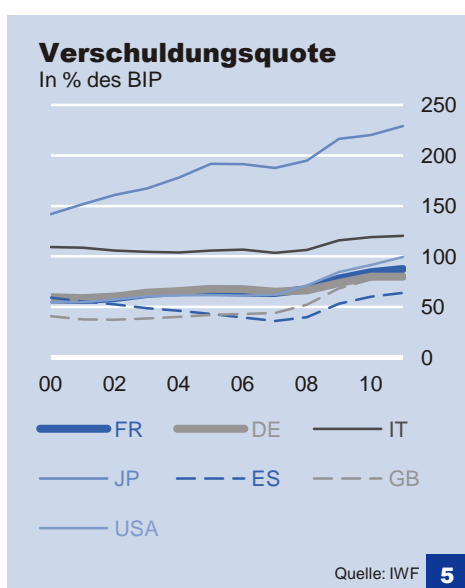
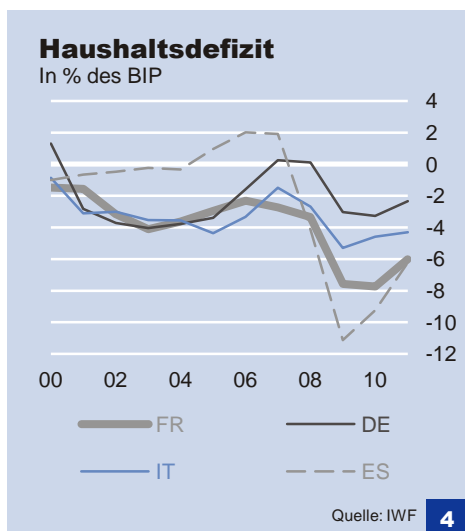
In einzelnen Ländern sind jedoch auch deutliche Verbesserungen der Steuereinnahmen notwendig, die in den meisten Ländern durch eine stärkere Progression, eine bessere Balance von direkten und

¹ IWF (2011).

² OECD (2011, 2010).

³ Becker und von Rotberg (2011), Reinhart und Rogoff (2011, 2009).

⁴ Becker et al. (2008).



Abschluss der Doha-Runde könnte halben Punkt zum Wachstum beisteuern

indirekten Steuern, eine nennenswerte Besteuerung von Vermögen aus Immobilien und Kapitaleinkünften und durch den Abbau von Subventionstatbeständen im Steuersystem herbeigeführt werden sollten. Offenkundig sind auch Probleme des Steuervollzugs in Ländern wie Griechenland. Eine breitere Steuerbasis ist darüber hinaus in vielen Ländern vordringlich, nicht zuletzt in den USA. Zudem sind in einzelnen Ländern noch erhebliche finanz- und wirtschaftspolitische Vorteile im Zuge einer Veräußerung von staatlichem Eigentum zu erwirtschaften; dies gilt insbesondere für Griechenland, Portugal und Frankreich.

Es gibt zudem eine Vielzahl von wachstumsförderlichen Strukturreformen, die zugleich einen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen leisten. Dazu zählen nicht nur der Abbau von Subventionen für Unternehmen, Landwirte, den Energieverbrauch oder andere wirtschaftliche Gruppen in Form von Transferzahlungen oder Steuersubventionen. Vielmehr sollten in vielen südeuropäischen Ländern auch die Fehlanreize für Frühverrentung oder für die Arbeitsaufnahme in den sozialen Sicherungs- und Steuersystemen abgebaut werden. Auch Effizienzverbesserungen in den Gesundheitssystemen oder der öffentlichen Verwaltung ganz generell sind angezeigt.

Einige Industrieländer, vor allem solche mit IWF-Programmen, haben bereits nationale Strukturreformen eingeleitet. Gleichwohl gibt es auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene unerledigte Hausaufgaben zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, die in der nächsten Zeit angegangen werden sollten. Im folgenden erinnern wir an einige Politikoptionen, die in Jahren des Booms hintangestellt worden waren.

Internationale Dimension

Handelspolitik: Chancen für offenere Märkte nutzen

In der internationalen Wirtschaftspolitik sind die Spielräume für die Förderung der Wachstumskräfte in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt worden. Statt eine gezielte Liberalisierung der Märkte für landwirtschaftliche Produkte, Waren und Dienstleistungen voranzutreiben, haben die großen Handelsnationen seit Ausbruch der Wirtschaftskrise zahlreiche Interventionen in den freien Handel unternommen.⁵ Ein rascher Abschluss der Doha-Runde könnte erhebliche Impulse für das Wachstum des Welthandels und der Einkommen in Höhe von bis zu gut einem halben Prozent des BIP in den Industrieländern auslösen.

Weitere Impulse könnten zukünftig auch von bilateralen und interregionalen Handelsabkommen ausgehen. Insbesondere die Europäische Union verhandelt mit zahlreichen Handelspartnern Freihandelsabkommen, die mehr als die Hälfte des extra-regionalen Handels der EU erfassen. Im Zuge einer wechselseitigen Öffnung der Märkte dürften diese neue Chancen für die Exportwirtschaft sowie Wohlfahrts- und Wachstumseffekte durch höheren Wettbewerb und niedrigere Preise nach sich ziehen. In den USA sind die Freihandelsabkommen mit Südkorea, Kolumbien und Panama noch immer nicht ratifiziert. Lediglich wenige multilaterale Gespräche zur Marktöffnung sind auf dem Weg, v.a. die Trans-Pazifische Partnerschaftsinitiative bzw. das EU-Kanada-Freihandelsabkommen. Japan wiederum könnte sowohl von dieser Initiative profitieren wie von Bemü-

⁵ Deutsch (2011) mit Referenzen, WTO (2011).



<p>Freihandelsabkommen könnten ebenfalls stimulieren</p>	<p>hungen um die Schaffung einer größeren Freihandelszone in Asien selbst, wie dies von China, Südkorea und Japan jüngst angestrebt worden ist. Auch etwaige Marktöffnungen Japans im Verhältnis zur EU könnten noch auf die Agenda kommen, falls die EU ein Abkommen mit Japan aushandeln sollte. Wer meinen sollte, es gäbe innerhalb des Nordens wenig zu tun, der ist liegt schief – dies gilt sicherlich für Zölle, aber nicht für Dienstleistungen und Regulierungsbarrieren.</p>
<p>Dienstleistungsmärkte bieten noch große Chancen</p>	<p>Die größten unerschlossenen Potenziale liegen in der mittleren Frist in der Öffnung von Dienstleistungsmärkten, vor allem in den Transport-, Unternehmens- und Kommunikationsdienstleistungen. In all diesen Feldern gibt es teilweise innerhalb (z.B. Luftverkehr, Bahnen, Busse, Schiffverkehr, öffentliches Beschaffungswesen, die freien Berufe), aber vor allem außerhalb Nordamerikas und der EU noch erhebliche Marktzugangsbarrieren für Handel, Investitionen, die Erbringung vor Ort und die Mobilität von Arbeitskräften. Bislang ist in keinem der verfolgten Formate von Handelsverhandlungen ein praktikabler Ansatz für die wechselseitige Öffnung von Märkten gefunden worden. Ob die Dienstleistungsgespräche in der Welthandelsorganisation mit Erfolgsaussichten fortgeführt werden können, ist derzeit offen. In den bilateralen und plurilateralen Formaten ist man bislang nicht sehr weit gekommen. Dies gilt auch für hochrangige regulatorische Dialoge wie den Transatlantischen Wirtschaftsrat, Regulierungsdialoge zwischen der EU und Japan sowie China oder den bilateralen Aktivitäten der USA mit China. Bergsten beklagt zu Recht, dass dies insbesondere für den größten Dienstleistungssektor der Welt, die USA, von besonderer Bedeutung für die Erwirtschaftung von Exporterlösen ist.⁶ Die großen Industrieländer sollten darüber hinaus prüfen, ob nicht sektorale und plurilaterale Pfade der Marktöffnung in großen Dienstleistungssektoren im Rahmen der WTO oder außerhalb auch ohne einen Abschluss der Do-ha-Runde weiterzuverfolgen wäre.</p> <p><i>Direktinvestitionen: Indirekte Hürden in einigen Ländern substantiell</i></p> <p>Neben dem Welthandel kommt der realen Produktionsverflechtung eine wichtige Rolle in der Wiederbelebung der Wachstumskräfte auf internationaler Ebene zu. Die wechselseitige Erschließung von Absatzmärkten in großen Industrie- und Schwellenländern in technologisch anspruchsvollen Branchen lebt von halbwegs offenen und am Wettbewerb orientierten Regelwerken.</p>
<p>Erholung der Direktinvestitionen noch auf dem Weg</p>	<p>Die Erholung der Auslandsdirektinvestitionen von der Krise gelang bis Jahresende 2010 nur zum Teil. Die Zuflüsse lagen weltweit mit USD 1,24 Bill. noch 15% unter dem Vor-Krisen-Durchschnitt. Bis 2013 wird ein Anstieg der Volumina auf das Spitzenniveau von 2007 erwartet. Bereits heute fließt die Hälfte in Schwellenländer. Weitere USD 2 Bill. werden über andere Formen der internationalen Produktion (Outsourcing, Franchising, Lizenzvergabe und Managementverträge) gestaltet. 11% der Investitionsvolumina werden von staatlichen Firmen gesteuert.</p>
<p>Noch dominieren öffnende Regelungen</p>	<p>Die globale Investitionspolitik ist zwar noch immer geprägt durch eine Mehrzahl von öffnenden Maßnahmen und Übereinkommen, aber seit der Krise haben die Restriktionen an Gewicht gewonnen. Sektorale sind vor allem die Landwirtschaft und die Rohstoffe von wachsenden Barrieren betroffen.⁷</p>

⁶ Bergsten (2011).

⁷ UNCTAD (2011), WTO, OECD, UNCTAD (2011).

Die größten Barrieren gegen Direktinvestitionen bestehen nach wie vor in den Schwellenländern, vor allem in Asien. Die Öffnung dieser Märkte geht nur schleppend voran. Die Öffnung für Direktinvestitionen bleibt auch in manchen Industrieländern weiterhin wichtig für die Belebung der Wirtschaft. Manche Länder verfügen noch über weitreichende Industriebeteiligungen und Besitztümer (Immobilien, marktgängige Infrastruktur) in öffentlicher Hand, zum Teil mit der bewussten Absicht, Direktinvestitionen aus dem Ausland nicht zuzulassen. Dies gilt in besonderem Maße für Russland. Aber auch Länder wie Frankreich, Griechenland, Portugal und andere weisen ein hohes Maß an direkter staatlicher Aktivität in der Wirtschaft auf. Japan wird immer wieder ermahnt, technische Handels- und Investitionsbarrieren abzubauen.⁸ Einige Länder haben in jüngster Zeit auch sicherheitspolitisch gestaltete Prüfverfahren eingeführt oder restriktiv angewandt. Zudem bestehen nach wie vor politische Sensibilitäten hinsichtlich des Engagements der Staatsfonds.⁹

Arbeitsprogramm der G20 könnte Signal setzen

Die G20 könnte sich für ein Arbeitsprogramm zur Rückführung der krisenbedingten Interventionen und zur allgemeinen Öffnung der Märkte für ausländische Direktinvestitionen einsetzen und in diesem Zusammenhang die ganz großen Schwellenländer im G20-Kreis ermutigen, mit voranzugehen. Dies wäre auch mit erheblichen Vorteilen für diese Länder sowie für die Anbieter aus den Industrieländern verbunden. Auch wenn kurzfristig die Perspektiven für ein stärkeres multilaterales Regelwerk für ausländische Direktinvestitionen im Rahmen der WTO oder der OECD nicht rosig sind, kann zumindest auf dem Weg der Marktöffnung einiges getan werden.

Rahmen für Klimapolitik fehlt noch

Internationale Klimapolitik vor dem Durchbruch

Auch in der internationalen Klimapolitik sind mit dem Gipfel von Kopenhagen und Cancún die Weichenstellungen für die globale Bepreisung und Deckelung von Treibhausgasemissionen nur in allerersten Ansätzen und mit geringem Verbindlichkeitsgrad geregelt worden.¹⁰ Es ist offenkundig, dass die mehrere Jahrzehnte andauernde Transformation der Industrieländer zu niedrigemittierenden Ökonomien am besten in einem klaren politischen und rechtlichen Rahmen gedeihen sollte, in dem die erforderlichen Investitionen in die Energiewirtschaft, den Verkehrssektor und den Wohnungsbau getätigt werden können.

Das bisherige Muster einer weitgehend ausgearbeiteten Klimastrategie der EU und eines Flickenteppichs an Sektorpolitiken in den USA bleibt weit hinter den Möglichkeiten zurück. Die sich abzeichnende Kehrtwende in der japanischen Energiepolitik bietet hier jedoch Chancen.

Globaler Kohlenstoffmarkt noch weit entfernt

Angesichts der Reformblockaden in der US-Klima- und Energiepolitik ist vorerst nicht mit der Etablierung eines landesweiten Emissionshandelssystems in allen wichtigen Industrieländern und mit ihrer nachfolgenden Verknüpfung zu rechnen. Damit steht auch ein echter globaler Markt für Emissionen noch in den Sternen. Zudem steht die alternativ umweltgerechte Bepreisung von Treibhausgasemissionen durch Pigou-Steuern nicht auf der Tagesordnung der US-Politik. Das reale Aufkommen der Kraftstoffsteuer ist rückläufig und viel zu niedrig. Die regionalen Emissionshandelssysteme erfassen nur Bruchteile der Emissionen. Die fossile Energiegewinnung wird subventioniert, und die Förderung der erneuerbaren Energien ist noch sehr gering.

⁸ OECD (2011).

⁹ Siehe Kern (2009) zum Thema.

¹⁰ Siehe Koch-Weser (2010) zu Cancún.



EU Emissionshandel führend

Ziele der Strategie "Europa 2020"*

Ziele EU 2020	EU-Kernziele	Schätzung für die EU
Beschäftigungsquote (in %)	75%	73,70-74%
FuE in % des BIP	3%	2,65-2,72%
THG-Verringerung**	-20%	-20%
Erneuerbare Energien	20%	20%
Energieeffizienz***	Anstieg um 20% (368 Mio t RÖE)	206,9 Mio t RÖE
Schulabbrecherquote in %	10%	10,30-10,50%
Hochschulabsolventen in %	40%	37,50-38,0%
Ausgrenzung****	20 Mio.	k. a.

* Gemäß den im Apr. 2011 in den nationalen Reformprogrammen (NRP) der Mitgliedstaaten festgelegten Ziele

** Verringerung des CO₂-Ausstoßes im Nicht-ETS-Sektor

*** Verringerung des Energieverbrauchs in Mio. t RÖE

**** Senkung des Anteils der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohter Bevölkerung in Personen

Quelle: Europäische Kommission

6

Unternehmerisches Umfeld verbessern

Bislang befindet sich allein die EU auf dem Pfad, im Laufe der kommenden Periode des EU-ETS ab 2013 substantielle Einnahmen im Rahmen des Emissionshandels zu erzielen. Auch gibt es in Europa die höchsten Steuersätze auf den Energieverbrauch. Zudem haben sich die Mitgliedstaaten auf Reduzierungsziele auch außerhalb des ETS verpflichtet, um bis 2020 die Reduzierung der Emissionen um 20% gegenüber 1990 erreichen zu können. Dagegen sind noch immer hohe explizite oder implizite Subventionen für fossile Energieträger und die Kernkraft vorzufinden, die in freundlicher Formulierung als „historisch gewachsen“ zu bezeichnen sind, aber in keiner Weise systematisch die vollen sozialen und ökologischen Kosten reflektieren.

Europäische Dimension

Auch in der europäischen Integration sind bei weitem nicht alle möglichen Pfade auf dem Weg zur Stärkung der Wachstumskräfte durch die gemeinschaftliche Politik kraftvoll beschritten worden. So betonte der Europäische Rat auf seiner Tagung im Juni, dass die zugesagten Reformen am Arbeitsmarkt, zur Energieeffizienz, zu Forschung und Entwicklung hinter den Selbstverpflichtungen hinterherhinken. Zwar werden mit der EU 2020-Strategie¹¹ bereits einige Akzente gesetzt, von denen einige durch den Euro-Plus-Pakt nochmals besonders hervorgehoben worden sind. Aber das genaue Zusammenspiel aus nationalen Reformprogrammen und EU-weiten Maßnahmen ist selbst für Eingeweihte schwer nachzuvollziehen.

Gleichwohl sind auf der Ebene der Gemeinschaftspolitik einige wichtige Weichenstellungen notwendig, um mittelfristig das Arbeitsangebot in der EU besser mobilisieren, die Arbeitsproduktivität erhöhen und die Investitionstätigkeit anregen zu können. Denn zu Recht hält die Kommission es nur dann für möglich, ein „verlorenes Jahrzehnt“ zu vermeiden, wenn 2011/2012 die Weichen nicht nur auf Haushaltskonsolidierung und europäisches Management der Schuldenkrise gelegt wird, sondern gleichzeitig auf nationaler wie EU-Ebene wichtige Weichen in Richtung Wachstum gestellt werden.

Stärkung des Binnenmarkts Königsweg

Angesichts wachsender Spannungen in einem seit 2005 deutlich heterogeneren Binnenmarkt sollte der Ausbau und die Umsetzung des Binnenmarkts in für die zukünftige Wertschöpfung wichtige Felder mit Vorrang betrieben werden.¹² Bislang sind in den Branchen des öffentlichen Beschaffungswesens, der Rüstung und der Energiewirtschaft noch erhebliche Potenziale zu realisieren. Gleiches gilt für die Dienstleistungsrichtlinie, die zwar bald umgesetzt sein wird, deren Wirkung und Reichweite aber überprüft werden sollte. Die Stärkung des unternehmerischen Umfelds durch bessere rechtliche Rahmenbedingungen etwa für Neugründungen, Verwaltungsaufwendungen generell, Patentangelegenheiten (das Gemeinschaftspatent!) oder steuerliche Rahmenbedingungen (die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage!) harren noch immer der Verabschiedung durch die Mitgliedstaaten. Auch an dem eklatanten Mangel an Risikokapital außerhalb des Vereinigten Königreichs hat sich im letzten Jahrzehnt wenig geändert, obwohl dies auch nach Sicht der Kommission erhebliche Impulse für Neugründungen und Innovationsfinanzierungen auslösen

¹¹ Europäische Kommission (2010, 2011).

¹² Monti (2010).

Europäischer Finanzrahmen 2014-20*

Titel	Anteil 07 - 13	Anteil 14 - 20
Intelligentes und integr. Wachstum	44,03%	47,89%
Nachhaltiges Wachstum	43,05%	37,36%
Sicherheit und Unionsbürgerschaft	1,19%	1,81%
Globales Europa	5,80%	6,83%
Verwaltung	5,83%	6,11%
Kompensation	0,09%	-
Gesamt	100%	100%
Gesamt in Mrd. EUR	862	1025

*Kommissionsvorschlag

Quelle: Europäische Kommission

7

EU 2020 auf Wachstum ausrichten

Arbeit aktivieren

würde. Einiges bleibt auch noch zu tun, um die Mobilität von Arbeitskräften im Binnenmarkt zu erhöhen, die bislang durch komplexe steuerliche und sozialrechtliche Rahmenbedingungen noch arg erschwert wird. Immerhin bietet die Mobilität von Arbeitskräften innerhalb Europas bereits heute einen willkommenen Puffer zur Stabilisierung des Lebensstandards in einigen krisengeschüttelten Ökonomien.¹³

Auch sollte die Ausrichtung des EU-Budgets an der Wachstumsförderung wo möglich gestärkt werden.¹⁴ Die Verhandlungen über den Europäischen Finanzrahmen 2014-2020 bieten hierzu eine Gelegenheit. Insbesondere in den beiden größten Ausgabenkategorien für nachhaltiges Wachstum und natürliche Ressourcen, auf die nach Kommissionsvorschlag rund 85% der Haushaltsmittel in der nächsten Periode entfallen sollen, bestehen Chancen. Der Anteil der landwirtschaftlichen Subventionen soll sinken, während die Ausgaben für nachhaltiges Wachstum gesteigert werden sollen. Überhaupt sollen die Ausgaben stärker an der EU 2020-Strategie ausgerichtet werden. Dies wäre v.a. für die FuE-Ausgaben, die Strukturpolitik, den grenzüberschreitenden Netzausbau in Verkehr und Elektrizität sowie die beschäftigungsfördernden Maßnahmen von Bedeutung. Trüblich stimmt jedoch, dass bereits in der laufenden Periode oftmals die Infrastruktur- und Beschäftigungsmaßnahmen gerade in den Ländern nicht getätigt werden konnten, in denen ein Impuls besonders vordringlich gewesen wäre, wie in Griechenland, was u.a. an fehlenden Verwaltungsvoraussetzungen und finanziellen Engpässen in der Kofinanzierung liegt. Generell sollte jedoch der Arbeitsauftrag des Rats an die Kommission zur Neuausrichtung vorhandener EU-Mittel an wachstums- und beschäftigungspolitisch wirksamen Fördermaßnahmen rasch erfüllt und umgesetzt werden.

Auch die EU 2020-Strategie kann auf dieses Potenzial abgeklopft werden. Unter den sieben „Leitinitiativen“ der EU 2020-Strategie muss besonderes Augenmerk auf die Schaffung der Innovationsunion und die Koordination von FuE-Politiken, auf den Binnenmarkt, insbesondere für Energie und digitale Dienstleistungen, den Rechtsrahmen für die IKT-Branche sowie auf horizontale Maßnahmen zur Verbesserung des unternehmerischen Umfelds (Verwaltungsvereinfachung für KMUs, Markteintrittserleichterungen für Unternehmen) gelegt werden. Zudem sollten die Zügel im Bereich der Beihilfenpolitik und der Öffnung der Beschaffungsmärkte wieder angezogen werden, um für Impulse zu sorgen.

Nationale Strukturreformen

Obgleich es manch einem Beobachter so vorkommen mag, beginnen die Industrieländer im Feld der strukturellen Reformen zur Erhöhung des Wachstumstempos nicht bei Null. Allerdings wurden im Schnitt eher Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung als zur Aktivierung des Arbeitseinsatzes in den Volkswirtschaften ergriffen¹⁵; Defizite sind vor allem noch bei der Kündigungsschutzgesetzgebung, den Lohnfindungsprozessen, den passiven Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit, den Wohnungsbaumaßnahmen und im

¹³ Siehe Bräuninger und Majowski (2011).

¹⁴ Siehe Heinen (2011) zur Diskussion und Europäische Kommission (2011b) zu den Vorschlägen für die nächste Periode 2014-2020.

¹⁵ Die OECD sieht vor allem Fortschritte in der Förderung der Innovationstätigkeit, den Effizienzsteigerungen im öffentlichen Sektor, der steuerlichen Entlastung des Faktors Arbeit, der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Reform der Rentensystemen, siehe OECD (2010), S. 73-75.



Konsolidierung wird überall schwer

Gesundheitswesen festzustellen. Nach Einschätzung der OECD bleibt in den meisten Ländern noch viel zu tun.

Die Konsolidierungsanforderungen sind allein bereits erheblich. So haben Szenarioberechnungen¹⁶ ergeben, dass insbesondere die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Spanien und die drei Euro-Staaten mit IWF-Programmen noch besonders weite Wege in der Haushaltskonsolidierung vom Primärdefizit in 2011 hin zu dauerhaft erforderlichen Primärüberschüssen aufweisen; Lücken zwischen fünf und 15% des BIP stellen enorme Herausforderungen an die staatliche Finanz- und Wirtschaftspolitik. Deutschland, Frankreich, Italien und Japan können sich ebenfalls nicht zurücklehnen. Dies gilt umso mehr, je höher die Ziellatte gehängt wird (Stabilisierung der Schuldenquote auf heutigem Niveau, Rückkehr auf Vorkrisenniveau oder sogar ein Erreichen von als sicher geltenden Verschuldungsniveaus von 60% und weniger).

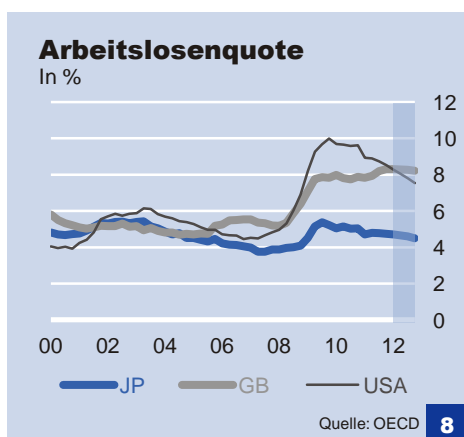
Gefahren für Wachstum erkennbar

Zwar müssen solche langfristigen Konsolidierungsprozesse nicht notwendigerweise mit einem sinkenden Wachstumspotenzial einhergehen, aber die Gefahr ist dennoch vorhanden. Es hängt jedenfalls sehr von nationalen Profilen ab, ob positive Vertrauenseffekte negative kurzfristige keynesianische Effekte übertreffen können. Entscheidend sind die mittelfristigen Wachstumserwartungen in einer Konsolidierungsepisode, und diese hängen wiederum von der gesamten Wirtschafts- und Finanzpolitik und dem Lohnsetzungsverhalten eines Landes ab.

Die Krise selbst hat zudem das Potenzial geschwächt. Zumindest dürfte die Arbeitslosigkeit in den allermeisten Ländern viele Jahre über dem Ausgangsniveau vor der Krise 2007 liegen und das Wachstum bremsen. Negative Wanderungssalden können in einzelnen Ländern wie Spanien oder Irland dämpfend hinzukommen. Auch dürften erhöhte Kapitalkosten ebenfalls schwächend wirken. Offen ist zudem, ob die Fortschritte etwa bei den Bildungs- und Innovationsinvestitionen in den letzten Jahren auch in den nächsten, wesentlich härteren Jahren, aufrechterhalten und gar vertieft werden können.

Hinzu kommen die Auswirkungen der gesamten neuen Regulierungen für die Bank- und Finanzbranche auf das Wachstumspotenzial. Es steht zu befürchten, dass die wesentlich strengeren Kapital- und Liquiditätsvorschriften und zahlreiche weitere Regulierungsbausteine (Abgaben, Steuern auf Finanztransaktionen, Standardisierung des Derivategeschäfts usw.) in der Summe zumindest mittelfristig das „de-leveraging“ im Finanzsystem noch vertiefen und die Finanzierungskonditionen für die Realwirtschaft (Unternehmen und Haushalte) und die Staaten deutlich erschweren werden. Dies könnte die Industrieländer über mehrere Jahre jeweils einen guten halben Punkt Wachstum des realen BIP pro Jahr kosten – eine Größenordnung, die in etwa dem kumulativen Effekt gut durchgeführter, umfassender Strukturreformen entsprechen könnte.¹⁷

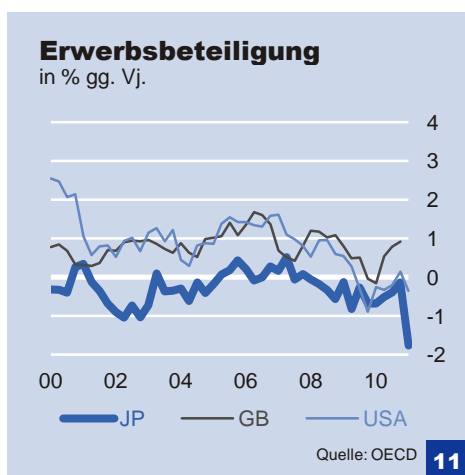
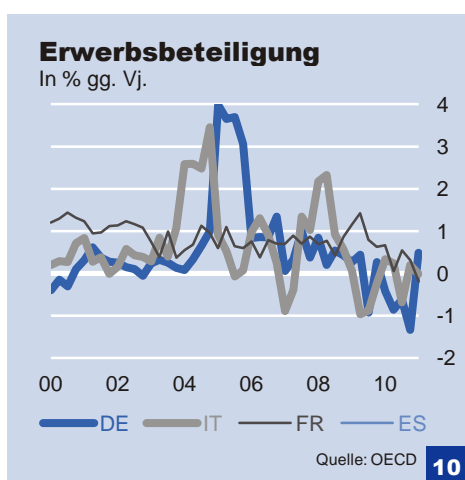
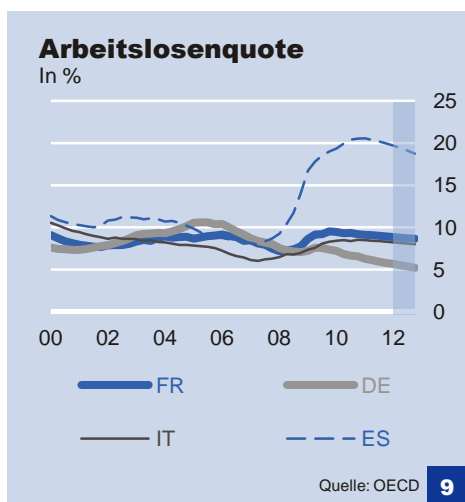
Die OECD liegt sicher richtig mit der Einschätzung, dass angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern des Nordens der Schwerpunkt zunächst auf kurzfristig beschäftigungswirksamen



8

¹⁶ Becker und von Rotberg (2011).

¹⁷ Über diese Frage gibt es mittlerweile einen erheblichen Streit. Zu den entsprechenden Positionierungen siehe z.B. IIF (2011), FSB/BCBS (2010) und McKinsey (2011). Kernpunkt der Differenzen ist die Frage, ob die Kapitalmärkte eine preiswerte Finanzierung von Eigen- und Fremdkapital von Finanzinstituten ermöglichen, oder nicht.



Maßnahmen liegen sollte, die durch langfristig ansetzende Maßnahmen sukzessive ergänzt werden sollten.

Arbeitsmarktpolitik in Krisenzeiten

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sollten vor allem in den Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit bevorzugt verfolgt werden. In Südeuropa sollten beschäftigungsfreundliche Reformen an der kollektiven Lohnfindung, eine Stärkung der Rechte von „Outsidern“ durch Änderungen an den Kündigungs- und Einstellungsregelungen und gezielte Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche und Ältere im Vordergrund stehen. Auch könnten diese Länder durch eine Flexibilisierung der Arbeitsorganisation durch individuelle Arbeitszeitkonten, betriebliche oder kollektive Regelungen zu Überstunden oder Teilzeitarangements wie etwa in Deutschland mittelfristig profitieren. Auch wäre die stärkere Nutzung von Zeitarbeit zu prüfen. Dies gelingt insbesondere dann gut, wenn sich die Sozialpartner in einen Dialog zu pragmatischen Lösungen wagen und entsprechende Erfolge auch gemeinsam bewerben. Ergänzende Maßnahmen in der sozialen Sicherung solcher flexibleren Beschäftigungsverhältnisse könnten hilfreich hinzukommen. Das dänische Beispiel ist hierfür lehrreich. Insbesondere in den drei Euro-Krisenländern und in Spanien droht ansonsten dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit mit großen gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Kosten. Italien, Spanien, Belgien und Frankreich bräuchten ebenfalls höhere Flexibilität in der Lohnfindung, um den Weg für beschäftigungsorientierte Lohnabschlüsse zu ebnen.

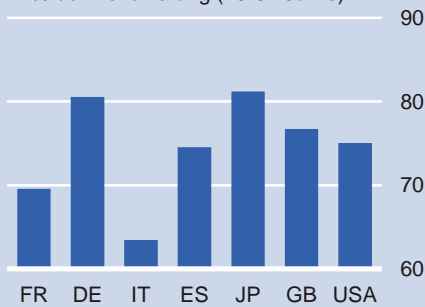
Generell haben etwa Italien, Belgien, Griechenland und Frankreich noch einigen Spielraum, um die Erwerbsquoten zu erhöhen. Italien liegt nahezu 20 Prozentpunkte unter dem dänischen Niveau, Frankreich immer noch zehn Punkte. Dies ist nicht unmöglich: Spanien, Deutschland, Österreich, alle skandinavische Staaten, Japan, Australien und Neuseeland hatten in den Jahren vor der Krise erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Allmähliche Entlastungen des Faktors Arbeit wären hilfreich; ebenso sind in einer Reihe von Staaten gezielte Trainings- und Fortbildungsprogramme zur Beschäftigungsförderung von Jugendlichen und anderen Risikogruppen angezeigt; auch Verbesserungen in der Effizienz der Arbeitsvermittlung sind empfehlenswert. In einigen Ländern sollten zudem die Gestaltungsparameter der Arbeitslosenversicherung an die Lage angepasst werden. Dort, wo anfangs die Zugangskriterien und Leistungen ausgeweitet wurden, ist allmählich wieder auf die Anreizeffekte zu achten.

Auch in den USA dürften Stützungs- und Fördermaßnahmen noch längere Zeit vonnöten sein, um eine Verkrustung von Arbeitsmärkten durch einen dauerhaften Anstieg der Zahl der Langzeitarbeitslosen abzumildern und eine Trendverschlechterung der Arbeitsproduktivität nach dem zyklisch bedingten, starken Anstieg zu vermeiden. Dies könnte jedoch geschehen, falls viele Erwerbsfähige durch zu lange Arbeitslosigkeit an Fähigkeiten verlieren sollten. Angesichts des überdurchschnittlichen Anstiegs der Arbeitslosigkeit, der schwachen passiven und aktiven Sicherungssysteme und der leichten Rückgänge bei der an sich überdurchschnittlichen Erwerbsquote von 2005 bis 2009 bleiben konjunkturstimulierende und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den USA weiterhin vordringlich. Dazu zählen auch die zielgerichteten steuerlichen Begünstigungen von Niedrigqualifizierten und Verlängerungen der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, die erst bei deutlicher Besserung der Arbeitsmarktlage zurückgenommen werden sollten. Noch viel größere Erfolge



Erwerbsquote

In % der Bevölkerung (15-64 Jahre)

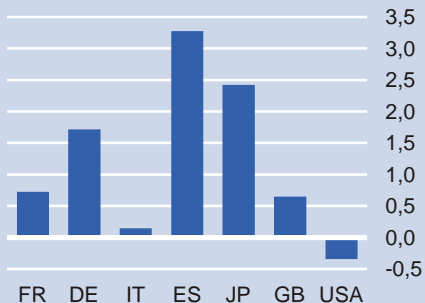


Quelle: OECD

12

Veränderung der Erwerbsquote 2005/2009

In %



Quelle: OECD

13

Nach Angaben der Europäischen Kommission könnten die staatlichen Ausgaben für die Alterssicherung im Eurogebiet bis 2060 von 11% des BIP in 2008 auf 13,8% steigen. Die kritische Phase stärkster demografischer Belastung tritt in den meisten Ländern zwischen 2025 und 2040 auf. V.a. auf Griechenland und Spanien kommen aber auch schon in der laufenden Dekade Probleme zu.

Verschiedene Länder haben indes in jüngerer Zeit substanzielle Rentenreformen auf die Schiene gesetzt. Dazu gehören Griechenland und Spanien. Statt der bislang erwarteten Verdopplung der Quote der staatlichen Alterssicherungsausgaben auf rd. 24% bzw. 15% des BIP in 2060 könnte der Anstieg der Ausgaben geringer ausfallen. Das erfordert freilich konsequente Umsetzung der beschlossenen Reformen.

Durch eine Anhebung des tatsächlichen Rentenalters in der Eurozone bis 2030 um 1,5 Jahre und danach bis 2050 um weitere 6 Monate könnte die Rentenquote sogar weitgehend stabilisiert werden.

Quelle: Bräuninger (2011)

könnten aus einer Restrukturierung des US-Steuersystems entstehen, mit der die effektive steuerliche Belastung des Faktors Arbeit reduziert und die direkte Belastung stärker auf die Faktoren Grundvermögen und Verschmutzung (Treibhausgasemissionen) bzw. Energieverbrauch gelegt wird und eine nationale Mehrwertsteuer mit moderatem Satz eingeführt wird.

Soziale Sicherungssysteme reformieren

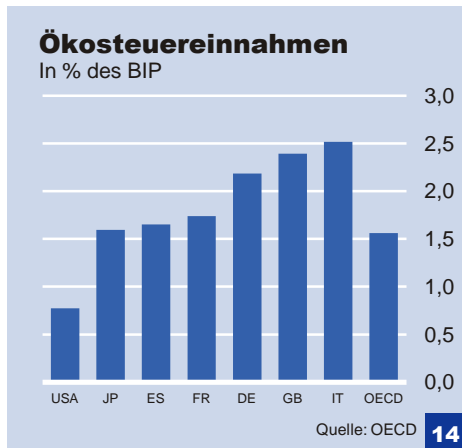
Des Weiteren sollten Strukturreformen in den verschiedenen Feldern der sozialen Sicherung vorangetrieben werden. Zwar sind in den letzten Jahren einige Schritte unternommen worden, gerade in den Rentensystemen Frühverrentungsanreize abzubauen, aktuarisch adäquate Systeme einzuführen, das Renteneintrittsalter anzuheben oder teilkapitalgedeckte Systeme ersetzend oder ergänzend aufzubauen. Im Bereich der Gesundheitssysteme stehen durchgreifende kostensenkende, effizienzorientierte Reformen in der großen Mehrzahl der Länder noch aus. Die OECD beziffert das durchschnittliche Einsparpotenzial auf 2% des BIP, in einzelnen Ländern wie den USA ist es nachweislich deutlich höher. Zugleich sind Fragen der Finanzierungsreform kollektiver Sicherungssysteme zuletzt wieder in den Hintergrund gedrängt worden. Gerade im Hinblick auf die Mobilisierung von Beschäftigung spielt jedoch die effektive Grenzsteuerbelastung niedrig und mittel qualifizierter Beschäftigter durch die kombinierte Wirkung der Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit und des Transfersentzugs eine wichtige Rolle. Grundsätzliche Finanzierungsreformen solcher System mit dem Ziel, diese Belastung zu senken, und die Einnahmen stärker aus einer veränderten Steuerbasis (Vermögen, Verschmutzung) zu generieren, sind noch nicht weit genug vorangetrieben worden.

Grünes Wachstum vorantreiben

Trotz der großen politischen Emphase, die insbesondere während der Ausgestaltung der Konjunkturpakete im Kampf gegen die Rezession 2009 von Amerika bis China auf „grünes Wachstum“ gelegt worden ist, bestehen nach wie vor erhebliche konzeptionelle und politische Defizite in der Entwicklung einer konsistenten Strategie, die zur Erreichung der selbstgesetzten Emissionsminderungsziele der Industrieländer von rund 80% bis 2050 (zu 1990) erforderlich ist. Es gibt eine Vielzahl offizieller und inoffizieller Transformationsstudien und -szenarien, die den Weg dorthin abstrakt beschreiben und berechnen.¹⁸ Im Kern geht es darum, durch die Bepreisung von negativen ökologischen Effekten durch Steuern oder Emissionshandelssysteme die Märkte zum Umsteuern zu bewegen. Ergänzend kommen typischerweise Leitlinien für die Förderung von Technologien, insbesondere erneuerbare Energien, und ein anspruchsvolles Programm zur Steigerung der Energieeffizienz von Produkten, Fahrzeugen und Gebäuden hinzu. In vielen Technologiefeldern kommen sowohl staatlichen Infrastrukturinvestitionen wie adäquaten Regulierungen eine wichtige Rolle zu, das trifft z.B. auf den Aufbau einer modernen Elektrizitätsnetzinfrastruktur oder die Kohlenstoffabscheidung zu.

Zudem lassen sich zwar Neuinvestitionsvolumina – und damit Impulse für die Wertschöpfung – schätzen, aber vorzeitige Entwertungen des klimapolitisch veralteten Kapitalstocks gehen kaum in die Überlegungen und Berechnungen ein. Ebenfalls schwierig ist die

¹⁸ Beispielfhaft genannt seien der Stern-Bericht (Stern 2006), European Climate Foundation (2011), IPCC (2011), McKinsey (2009), OECD (2011b, c), UNEP (2011) und WBGU (2011).



Abschätzung möglicher Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale durch den Aufbau neuer Energie- und Transportsysteme, einer klimafreundlichen Umstellung der Bauweise bzw. der Altbestandssanierung, einer erhöhten Effizienz der industriellen Produktion bzw. einer grüneren Landwirtschaft. Insofern bietet die Wissenschaft eher zu wenig als zu viel Anhaltspunkte für nationale Strategien grünen Wachstums, wenn auch mittlerweile breiter akademischer Konsens über den einzusetzenden Instrumentenkasten besteht. Gleichwohl gibt es genug Gründe für die Annahme, dass sich zumindest mittelfristig positive Wachstums- und Beschäftigungswirkungen eines solchermaßen umgelenkten Investitionsverhaltens und entsprechender Verbrauchsänderungen einstellen sollten, insbesondere dann, wenn die höheren Umweltsteuern zur Entlastung des Faktors Arbeit genutzt werden.¹⁹ Die positiven Effekte gelten auch insbesondere für emissionsarme Formen der Energieerzeugung und -verteilung.

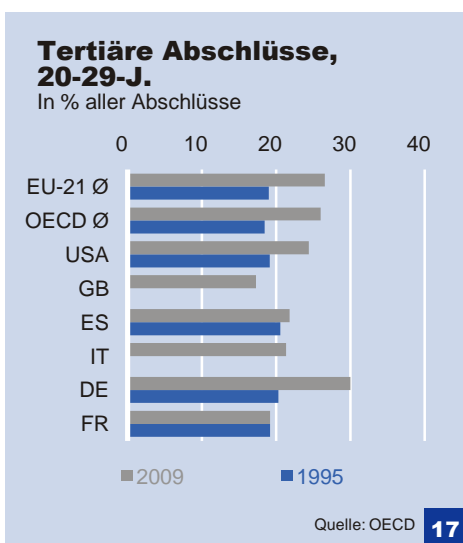
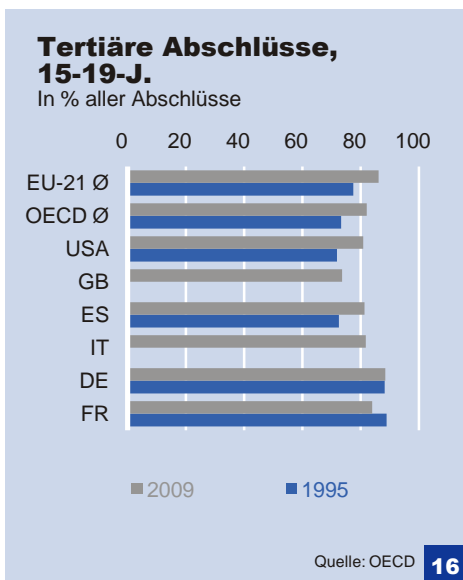
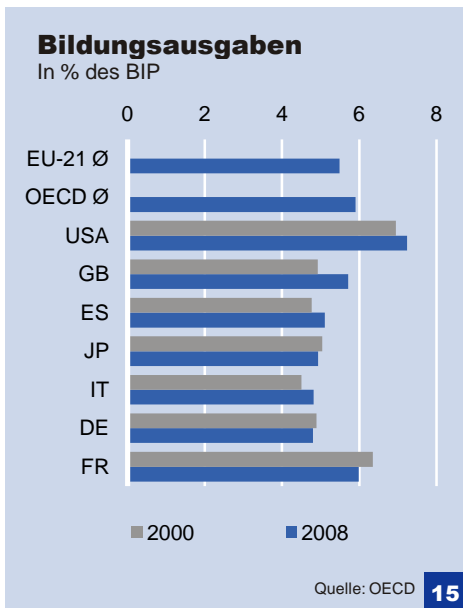
Auch in der EU sind die nationalen und EU-weiten Anstrengungen noch nicht ausreichend mit klaren Konzepten unterlegt. Dies betrifft unter anderem das Zusammenspiel von langfristigen Emissionsminderungsvorgaben im und außerhalb des Emissionshandels mit tatsächlichen Investitionsmustern in der Energiewirtschaft, das Zusammenspiel von zumindest z.T. öffentlichen Infrastrukturinvestitionen in Energienetze oder die Integration einer klimafreundlichen Verkehrswege-, Städte- und Wohnungsbaupolitik in einer Infrastrukturpolitik auf nationaler und z.T. auf EU-Ebene. Auch darbt das Feld der Effizienzverbesserung noch weitgehend unbeackert vor sich hin. Einige weisen zudem dem Aufbau intelligenter und EU-weiter Elektrizitätsnetze nebst einer verbesserten Strommarktregulierung der EU eine wichtige Rolle zu. Trotz dieser Defizite sind die Weichen in der EU bereits in Richtung einer Ergrünung des Wachstumspfad gesetzt. Die Fahrt könnte und sollte jedoch durch konsequentere Anwendung des Instrumentariums rascher fortgesetzt werden.

Produktmärkte öffnen

Rasch wirken können neben direkten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vor allem Verwaltungsentlastungen der Unternehmen und ein Abbau von Markteintrittsbarrieren für Unternehmen im Zuge von Produktmarktreformen. So sollten z.B. in Japan die Barrieren für den Markteintritt und -austritt von Unternehmen angegangen werden. In vielen kontinentaleuropäischen Ländern wiederum sollte das Gründungsumfeld, die Verwaltungsverfahren und die Risikokapitalbereitstellung verbessert werden.

Marktöffnung hilft weiter

¹⁹ OECD (2011b) mit einer Diskussion über die Modellierungsvorhaben und ihre vorläufigen Ergebnisse.



In Bildung investieren

Ergänzend sollten sodann die Strukturreformen in den Bildungssystemen vorangetrieben werden. Veränderungen in der Humankapitalausstattung können dabei über längere Zeiträume einen wichtigen Beitrag zum Wachstum leisten.²⁰ Dies gilt freilich nur im Trend, denn derzeit gelingt es vor allem in Krisenstaaten kaum, genügend Arbeitsplätze für gut qualifizierte junge Menschen zu schaffen. Möglicherweise könnte sich die Binnenwanderung innerhalb Europas in der Folge dieser Entwicklung deutlich erhöhen.²¹ Dies könnte zumindest vorübergehend helfen, den Anpassungsdruck und die Arbeitslosigkeit in den Krisenländern zu vermindern.

Generell bleibt in den größten Industrieländern, gerade in der Bildungspolitik, trotz eingeleiteter Reformen noch sehr viel zu tun. Die Zugangsregeln der Bildungssysteme, die Mobilität von Lernenden zwischen Bildungsinstitutionen, die Autonomie der Bildungseinrichtungen, die Effizienz des Mitteleinsatzes und die Infrastrukturbereitstellung im vorschulischen und primären Bildungssegment lassen noch fast überall zu wünschen übrig. Europa hinkt im Schnitt den USA und Japan bei wichtigen Indikatoren besonders stark hinterher. So liegen die gesamten öffentlichen und privaten Ausgaben für tertiäre Ausbildung in der EU mit etwas über 1% des BIP deutlich unter den 1,5% in Japan und den knapp 3% in den USA zurück, trotz höherer öffentlicher Ausgaben als in Japan. Auch weisen nur 30% der 25-34-Jährigen einen tertiären Abschluss auf (40% in den USA, über 50% in Japan). Und die durchschnittlichen Lesekompetenzen der 15-Jährigen Europäer liegen deutlich hinter anderen OECD-Ländern zurück.²²

Zudem ist bislang nur vereinzelt die Finanzierung von Bildungsaufwendungen nach dem zuwachsenden privaten Nutzen gesteuert. Das heißt konkret, dass vor allem die Unterfinanzierung der tertiären Bildung auch durch die Einführung von Gebühren- und Stipendiensystemen nach wie vor erhöht werden muss. Immerhin gab es in der EU einige Fortschritte, die Bildungsausgaben insgesamt zu erhöhen und die an unterschiedlichen nationalen Stellen auftretenden eklatanten Lücken zu schließen, aber die OECD attestiert nahezu allen Ländern Rückstände gegenüber Plan.

Politische Ökonomie des Wachstums

Man könnte meinen, die Förderung des Wachstums sei auch in innenpolitischen Auseinandersetzungen ein Win-Win-Spiel für Regierungen, da von Wachstum Arbeitnehmer und Unternehmer profitieren können. Gleichwohl lehren uns die Erfahrungen aus den großen Wirtschaftskrisen der Vergangenheit, dass innenpolitische Auseinandersetzungen über makroökonomische Anpassungsstrategien und strukturelle Reformen an neue weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen stark zwischen den Ländern divergieren können, weil diese wiederum ganz unterschiedlich geprägte politische Konstellationen aufweisen.

So war es in der Reaktion auf die große Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre, und dies zeigte sich in der Reaktion auf die Ölkrise des Jahres 1973/74.²³ Zwar haben sich seither gesellschaftliche Veränderungen vollzogen, aber gleichwohl wird die politische Ökonomie

²⁰ Bergheim et al. (2005), Bergheim (2006).

²¹ Bräuninger und Majowski (2011).

²² Alle Angaben nach Kommission (2010b).

²³ Zu den Klassikern zählen Gourevitch (1986) und Katzenstein (1978).

Politische Bestimmungsgründe von Reformen

von Reformen nicht zu gleichgerichteten Wachstums- und Konsolidierungscoalitionen in allen großen Industrieländern führen. Vielmehr spielten in der Vergangenheit Traditionen und Strukturen des Staates, die Macht von Interessengruppen, wirtschaftspolitischen Ideen und Ideologien und parteipolitische Konflikte eine erhebliche Rolle in der Ausprägung nationaler Strategien. Und so dürfte es auch in der jetzigen Krise wieder sein.

Die bisherigen Erfahrungen mit der politischen Reaktion der Regierungen in Asien, Europa und Amerika auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen auf, dass neben den Ähnlichkeiten in der keynesianischen Reaktion nun vor allem die Unterschiede in der Bewältigung der Kreditkrise angesichts dramatisch differierender Verschuldungssituationen und in der flankierenden Wachstumspolitik hervortreten.

Strukturreformen sind eingeleitet

Politische Konflikte über den Kurs der Geldpolitik haben in den letzten beiden Jahren deutlich zugenommen, sowohl in Europa als auch in den USA. Dagegen zeichnet sich zumindest ab, dass fiskalische Konsolidierung überall zum Tagesgeschäft wird. Erstaunlich wenige grundsätzliche Konflikte über den Kurs in der Finanzpolitik treten dabei in Europa ans Tageslicht, während in den Vereinigten Staaten eine mühselige Kompromissbildung zwischen hart miteinander kämpfenden Lagern von Demokraten und Republikanern erst in den Anfängen steckt. Die jüngsten Beschlüsse stellen wohl nur das Minimum dar, um die Schuldenquote in den nächsten Jahren auf sehr hohem Niveau stabilisieren zu können. Im Vereinigten Königreich bleibt abzuwarten, ob das sehr restriktive mehrjährige Programm tragfähig bleibt.

Anhebung des Wachstumspfads erfordert Handeln auf vielen Ebenen

Die große Krise hat zunächst jedoch einen gleichgerichteten Kurs der strukturellen Reformen auf den Weg gebracht. Im Rahmen der Programmkonditionalität ist mit den Krisenländern ein Paket für strukturelle Reformen verabschiedet worden. Auch andere Länder haben solche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Unter den großen kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften sticht Spanien hervor. In den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und in Japan wiederum finden sich kaum konsistente Ansätze zur Wachstumspolitik.²⁴

Von einer abgestimmten Wachstumspolitik in der G20 ist man mithin noch weit entfernt. Erst mittelfristig wird sich zeigen, ob die jeweils nationale Dosierung von zumindest kurzfristig restriktiv wirkenden Konsolidierungsmaßnahmen und strukturellen Reformen eine Anhebung des Pfads des Potenzialwachstum möglich machen wird, oder nicht.²⁵ Die EU-weiten und internationalen Reformanstrengungen könnten in jedem Fall dabei hilfreich sein.

Klaus Deutsch (+49 30 3407-3682, klaus.deutsch@db.com)

Quellen

Alesina, Alberto (2010). Fiscal Adjustments. Lessons from recent history. Unpublished paper. Harvard University.

Becker, Sebastian, Wolf von Rotberg (2011). Public Debt in 2020: Monitoring fiscal risks in developed markets. DB Research. Current Issues. Frankfurt/M.

²⁴ Zur wachstumspolitischen Agenda siehe die Abhandlung in Deutsch (2010), Bergsten (2011) oder in den OECD-Länderberichten.

²⁵ Zur Kontroverse zwischen Alesina und IWF siehe Alesina (2011) und IWF (2011).

- Becker, Werner, Sascha Brok, Klaus Günter Deutsch, Frank Zipfel (2008). Wege zur qualitativen Haushaltskonsolidierung. DB Research. Aktuelle Themen 409. Frankfurt/M.
- Bergheim, Stefan et al. (2005a). Globale Wachstumszentren 2020. DB Research. Aktuelle Themen 313. Frankfurt/M.
- Bergheim, Stefan (2005b). Bildung wichtigster Wachstumstreiber. DB Research. Aktuelle Themen 324. Frankfurt/M.
- Bergsten, C. Fred (2011). The United States in the World Economy. Speech at the Chautauqua Lecture Series, 12. August Washington, D.C. Peterson Institute for International Economics.
- Bräuninger, Dieter (2011). Alterssicherung und Staatsverschulung im Eurogebiet. DB Research. EU-Monitor 83. Frankfurt/M.
- Bräuninger, Dieter, Christine Majowski (2011). Arbeitskräftemobilität in der Eurozone. DB Research. EU-Monitor 85. Frankfurt/M.
- Deutsch, Klaus Günter (2011). Doha oder Dada. Die Welthandelsordnung am Scheideweg. DB Research. Aktuelle Themen Nr. 515. Frankfurt/M.
- (2010). Obamas Reformen. Gesundheit, Alter, Klima, Infrastruktur. DB Research. Aktuelle Themen Nr. 473. Frankfurt/M.
- European Climate Foundation (2011). Roadmap 2050. A Practical Guide to a Prosperous, Low-Carbon Europe. 2 Bände.
- Europäische Kommission (2011). Annual Growth Survey. Annex 1. Progress Report on Europe 2020. COM(2011) 11 – A1/2. Brüssel.
- (2011b). Mitteilung Ein Haushalt für "Europe 2020". Kom(2011) 500 endgültig.
- (2010). Mitteilung der Kommission. Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM(2010)2020 endgültig. Brüssel. 3. März.
- (2010b). Europe 2020. Background Information for the Informal European Council, 11 February 2010.
- Financial Stability Board and the Basle Committee on Banking Supervision (2010). Final Report – Assessing the macroeconomic impact of the transition to stronger capital and liquidity requirements. BIZ. Basel.
- Gourevitch, Peter (1986). Politics in Hard Times. Comparative Responses to International Economic Crises. Ithaca und New York: Cornell University Press.
- Heinen, Nicolaus (2011). Transferunion Europa. Wie groß, wie stark, wie teuer? DB Research. EU Monitor 81. Frankfurt/M.
- IPCC (2011). WG III. Special Report on Renewable Energy Sources and Climate Change Mitigation.
- Institute for International Finance (2011). The Cumulative Impact on the Global Economy of Changes in the Financial Regulatory Frameworks. Washington, DC. September.
- IWF (2011). World Economic Outlook. Washington, D.C. April.
- Katzenstein, Peter J. Hg. (1978). Between Power and Plenty. Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States. Ithaca und London: Cornell University Press.

- Kern, Steffen (2009). Staatsfonds und Investitionspolitik – der aktuelle Stand. DB Research. Aktuelle Themen 449. Frankfurt/M.
- Koch-Weser, Caio (2011). Beyond Cancún. Market opportunities trump multilateral discourse. DB Research. Current Issues. 20. Januar.
- McKinsey&Company (2011). Day of Reckoning? New Regulation and its Impact on Capital-Markets Business. September.
- McKinsey Institute (2009). Pathways to a Low-Carbon Economy. New York.
- Monti, Mario (2010). A New Strategy for the Single Market. A Report to the President of the European Commission José Manuel Barroso. 9. Mai.
- OECD (2011a). Going for Growth. Paris.
- (2011b). Towards Green Growth. Paris.
- (2011c). Monitoring Green Growth: Monitoring Progress. Paris.
- (2010). Going for Growth. Paris.
- Reinhardt, Carmen, Kenneth Rogoff (2011). A Decade of Debt. Cambridge, Mass.: NBER Working Paper 16827.
- (2009). This Time is Different. Eight Centuries of Financial Follies. Princeton, NJ.: Princeton University Press.
- Stern, Nicolas (2009). A Blueprint for a Safer Planet. London. The Bodley Head.
- (2006). Stern Review on the Economics of Climate Change. Cambridge, UK. Cambridge University Press.
- UNCTAD (2011). World Investment Report 2011. Genf.
- UNEP (2011). Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. Nairobi.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2011). Hauptgutachten. Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.
- WTO (2011). World Trade Report 2011. Genf.
- WTO/OECD/UNCTAD (2011). 2011 Report on Trade and Investment Measures. Genf und Paris.

© Copyright 2011. Deutsche Bank AG, DB Research, D-60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht verfügt. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die in Bezug auf Anlagegeschäfte im Vereinigten Königreich der Aufsicht der Financial Services Authority unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Limited, Tokyo Branch, genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.

Druck: HST Offsetdruck Schadt & Tetzlaff GbR, Dieburg